



## Antrag

der Fraktionen von SSW, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP

### **Für starke europäische Regionen – Keine Zentralisierung von Agrar- und Regionalfonds**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf nationaler und europäischer Ebene gegen die Pläne der EU-Kommission einzusetzen, die im mehrjährigen Finanzrahmen von 2028 bis 2034 eine Zusammenlegung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und der Regional- und Sozialfonds, auch bekannt als Kohäsionspolitik, vorsehen.

Begründung:

Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass es in der EU-Kommission Überlegungen gibt, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Regional- und Sozialfonds, auch bekannt als Kohäsionspolitik, im mehrjährigen Finanzrahmen von 2028 bis 2034 in einem Fond je Mitgliedstaat unter zentraler nationaler Verwaltung zusammenzuführen.

Derzeit profitieren die Regionen und Kommunen direkt von den Mitteln der Kohäsionspolitik, die im Dialog mit der EU-Kommission auf regionale Bedürfnisse abgestimmt werden. Dies ist insbesondere in föderalen Staaten wie Deutschland von Bedeutung, da hier eine enge Zusammenarbeit zwischen regionalen und lokalen Entscheidungsträgern und der EU besteht. Eine Zentralisierung der Mittelverwaltung mit der Möglichkeit, Gelder dort flexibel zwischen Ausgabenbereichen zu verschieben, könnte hingegen negative Auswirkungen auf die Rolle und Beteiligung der Regionen und Städte an der zukünftigen Kohäsionspolitik haben. Die Menschen

in den betroffenen Regionen würden weniger unmittelbar von EU-Programmen profitieren, was die Akzeptanz und Wahrnehmung der EU vor Ort mindern würde.

Vor den im nächsten Jahr beginnenden Verhandlungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU muss Schleswig-Holstein die Relevanz der dezentralen und bedarfsgerechten Förderung der Regionen auf der Bundesebene und gegenüber der EU-Kommission zum Ausdruck bringen.

Jette Waldinger-Thiering  
und Fraktion

Rasmus Vöge  
und Fraktion

Eka von Kalben  
und Fraktion

Marc Timmer  
und Fraktion

Oliver Kumbartzky  
und Fraktion